



NEWSLETTER, August 2023

Liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter,
sehr geehrte Damen und Herren und Interessierte,

diese Themen finden Sie heute in unserem Newsletter:

- Mitgliederversammlung
- LNG (verflüssigtes Erdgas) in Brunsbüttel
- Anerkennung als Umweltvereinigung
- Volksinitiative Rette den Bürgerentscheid
- CCS
- Freiwillige Mitgliedsbeiträge

Mitgliederversammlung

der Bürgerinitiative gegen CO2-Endlager e.V.
am 20. September 2023
in Bergers Landgasthof, Dorfstraße 28, 25917 Enge-Sande
Einlass ab 18.00 Uhr
Beginn der Versammlung um 18.30 Uhr

Tagesordnung

1. Begrüßung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der Beschlussfähigkeit der Mitgliederversammlung sowie Genehmigung der Tagesordnung
3. Bericht des 1. Vorsitzenden über das abgelaufenen Geschäftsjahr 2022 / 2023
4. Aktuelle Situation zu CCS :
 - Bundesregierung plant CO2-Verpressung in AWZ, Norwegen und Greensand/DK. Fällt

die Länderklausel?

- BMWK - Globaler fossiler lock-in dank CCS
- Landesregierung nicht mehr generell gegen CCS
- Carbon Management Strategie/CMS des BMWK
- MITMACH-AKTION „STOPPT den industriellen Hochlauf von CCS“
- Kreistag NF beschließt Resolution gegen das Verpressen von CO₂ in den Untergrund - an Bundes- und Landesregierung

5. Flüssiggas -Terminal/LNG Brunsbüttel und andere Standorte

Widersprüche –Einwendungen- Einsprüche-Stellungnahmen -Anfragen

6. Geplante Ölförderung im Wattenmeer:

- Paukenschlag: Deutsche Umwelthilfe stoppt per Gericht neue Gasbohrung vor Borkum (April 2023)

7. Anerkennung nach § 3 Umweltrechtsbehelfsgesetz/ Klage

8. Volkinitiative S-H „Rettet den Volksentscheid“

9. Bericht der Kassenwartin

10. Bericht der Kassenprüferinnen

11. Entlastung des Vorstands für die Jahre 2022 /2023

12. Wahl eines Wahlleiters/einer Wahlleiterin und von Wahlhelfer/innen

13. Wahlen:

- 1. Vorsitzende/r
- stellvertretende/r Vorsitzende/r
- Kassenwart/in
- Schriftführer/in
- (bis zu) fünf Beisitzer/innen
- (bis zu) fünf stellvertretende Beisitzer/innen
- (bis zu) drei Kassenprüfer/innen

14. Wahlergebnis:

- Begrüßung des neuen Vorstandes und der Beisitzer/innen

- Verabschiedung der ausgeschiedenen Mitstreiter/innen

15. Ausrichtung der Bürgerinitiative in den nächsten 2 Jahren

16. Geplante Aktionen für die nächsten 12 Monate

17. Verschiedenes / Diskussion / Aussprache

LNG in Brunsbüttel

In Brunsbüttel ist die FSRU (Schwimmende Speicher- und Regasifizierungseinheit) Hoegh Gannet in Betrieb genommen worden. Für den externen Notfallplan, mit dem das Ausmaß einer durch den LNG-Umschlag und die Regasifizierung entstehende Katastrophe verringert werden könnte, lässt das Landeskatastrophenschutzgesetz Schleswig-Holsteins der Katastrophenschutzbehörde von Dithmarschen bis zu zwei Jahre Zeit.

Auf eine Anfrage vom 19.05.2023, beantwortet am 01.08.2023 heißt es zu „möglichen Szenarien“ lapidar:

Diese Informationen wurden im Vorwege von der zuständigen Genehmigungsbehörde geprüft und sind nicht Inhalt des externen Notfallplans.

Weiter heißt es zum Thema „Feuerwehr Brunsbüttel“ u.a.:

Die Feuerwehr Brunsbüttel ist bereits jahrelang für den Chemiepark Brunsbüttel tätig und hat auch Erfahrung bei der Schiffsbrandbekämpfung...

Allerdings fehlt es an jeglicher Erfahrung mit LNG. Die Sicherheitsabstände wurden im Vorwege von der zuständigen Genehmigungsbehörde geprüft und sind nicht Inhalt des externen Notfallplans.

Zum Thema „Werksfeuerwehr“:

Die personelle Ausstattung der Werksfeuerwehr wurde im Vorwege gutachterlich bestimmt.

Jetzt bestimmen nicht mehr Katastrophenschutzbehörden, sondern Gutachter über die Notwendigkeit und den Umfang von Werksfeuerwehren.

Zum Thema „Übersicht der Gefahrstoffe ist unvollständig“:

Diese Informationen sind Angaben des Betreibers.

Ob Angaben des Betreibers stimmen oder nicht, scheint keine Rolle zu spielen.

Im Entwurf für einen externen Notfallplan werden die Erfahrungen mit LNG-Terminalunfällen und

Gasexplosionen der letzten Jahre ignoriert. So fehlt jeder Bezug zum Schiffsbrand in Meerenge von Kertsch 2019, der bei der Umladung von LNG zwischen zwei Tankern entstand und damit ein wahrscheinliches Szenario beim Umladen von LNG-Tankern auf die FSRU darstellt. Die LNG-Terminal-Explosionen 2020 in Hammerfest/Norwegen, 2021 in Guangxi/China und 2022 in Freeport/Texas wurden ebenfalls im Notfallplan nicht zur Grundlage für Überlegungen zur Sicherheit herangezogen. Als es 2014 an der Williams Co Inc's massive gas storage site zur Explosion einer LNG-Anlage kam, gingen die dortigen Behörden von einer Todeszone von 0,75 Meilen (ca. 1,25 km) aus und evakuierten in einem Radius von 2 Meilen (ca. 3,36 km).

<https://www.scientificamerican.com/article/blast-at-liquified-natural-gas-site-casts-spotlight-on-industry-safety/> Bei der Explosion der Haven Midstream Erdgasanlage im April 2022 wurde in einem Radius von 1,5 Meilen (ca. 2,5 km) evakuiert. <https://www.kwch.com/2022/04/14/crews-respond-explosion-haven-gas-plant/> Die voll beladene FSRU Hoegh Gannet hat mit 177.000 m³ LNG einen Energiegehalt von ca. $4 \cdot 10^{15}$ J. Das entspricht der berechneten freigesetzten Energie von ca. 70 Hiroshima-Atombomben.

Es verfestigt sich der Eindruck, dass die Katastrophenschutzbehörde des Kreises Dithmarschen die Gefahren von LNG dramatisch unterschätzt. Das ist nicht verwunderlich, da es bisher noch keine Erfahrung mit LNG in Deutschland gibt.

Inzwischen gibt es einen Link zu der Homepage des Kreises Dithmarschen. Auf dieser wurde der externe Notfallplan des LNG Terminals zur Verfügung gestellt.

<https://www.dithmarschen.de/themen/sicherheit-ordnung/bevoelkerungs-und-katastrophenschutz>

Anerkennung als Umweltvereinigung

Nachdem wir jetzt endlich wieder die schriftliche Bestätigung für die Anerkennung als Umweltvereinigung entsprechend unserer aktuellen Satzung erkämpft haben, hinterfragt eine der Landesregierung unterstehende Behörde unsere „Betroffenheit“ in Sachen LNG-Terminals in Brunsbüttel.

Der Versuch, uns als Umweltvereinigung auszubremsen, geht unvermindert weiter.

Volksinitiative „Rettet den Bürgerentscheid“

Der schleichende Abbau unserer demokratischen Beteiligungsrechte geht weiter, wenn wir uns nicht wehren, was wir jedoch tun. Deshalb ist unsere Bürgerinitiative Mitglied im Bündnis für diese Volksinitiative.

Bisher haben wir als Bündnis schon über 13.000 Unterschriften gesammelt. <https://rettet-den->

Wir bitten darum, Unterschriftenlisten zu bestellen, Unterschriften zu sammeln und auf die Volksinitiative hinzuweisen. <https://rettet-den-buengerentscheid.de/>

Hier ist der Link zur Bestellung von Plakaten in A1 über die SPD:

<https://spd.sh/volksinitiative>

CCS

Nicht nur in Deutschland, sondern in vielen Ländern Europas soll CCS als Greenwashing der fossilen Energiewirtschaft weiterhin erlauben, uns in die Klimakatastrophe zu führen.

In Dänemark kämpft die dänische Umweltvereinigung NOAH gegen ein CCS-Gesetz, das an vielen Stellen Dänemarks unter Land und unter der Nordsee CO₂-Endlager erlauben soll. Auf Wunsch der potentiellen Betreiber soll die Haftung nach 20 Jahren auf den Steuerzahler übergehen. Kein Betreiber eines CO₂-Endlagers glaubt daran, dass die Deponien dauerhaft dicht sein werden.

Auch Großbritannien plant eine dreistellige Anzahl neuer Gas- und Öllizenzen in der Nordsee nebst CCS, um trotz der massiven Ausweitung der Förderung fossiler Energieträger auf dem Papier „klimaneutral“ bleiben zu können.

Bereits 2021 veröffentlichte der [Sachverständigenrat für Umweltfragen](#) eine [Stellungnahme](#) gegen blauen Wasserstoff als Übergangstechnologie. Die dafür nötigen Investitionen in Infrastruktur würden die Transformation zu erneuerbaren Energien ausbremsen. Leider ist das gerade der angestrebte Pfad der EU, Deutschlands und vieler seiner Nachbarländer.

Freiwillige Mitgliedsbeiträge

Auf der Mitgliederversammlung im November 2018 wurde beschlossen, die Mitglieder der Bürgerinitiative um freiwillige Mitgliedsbeiträge zu bitten. Wir freuen uns sehr darüber, dass unser Aufruf, einen freiwilligen, jährlichen Mitgliedsbeitrag*) zu leisten, gut angenommen wird. Dies gibt uns mehr Planungssicherheit für kommende Aktionen.

Vielen Dank dafür!

*) Empfehlung: einfache Mitglieder 12 €; Gemeinden 150-300 €; Kreise 1500 €

Der Vorstand

Wir wünschen allen Gesundheit und einen ungebrochenen Kampfgeist für unsere gemeinsame Zukunft. Wir hoffen, dass wir uns zahlreich zu unserer Jahreshauptversammlung wieder sehen

können.

V.i.S.d.P.: Dr. Reinhard Knof

Spendenaufruf

Jede Spende hilft!

Für unsere Arbeit, wie z.B. den Druck von Plakaten, Unterschriftenlisten und Flyern und laufende Kosten benötigen wir neben unserem ehrenamtlichen Engagement auch Geld.

Wir bitten deshalb um Spenden, die bis zu einer Höhe von 200 Euro durch den Überweisungsbeleg direkt steuerlich geltend gemacht werden können. Für höhere Summen und auf Wunsch erstellen wir eine Spendenbescheinigung für das Finanzamt. Überweisungen bitte auf das hier angegebene Konto der als gemeinnützig anerkannten Bürgerinitiative gegen CO2-Endlager e.V. tätigen.

IBAN: DE86 2176 3542 0007 7190 19

BIC: GENODEF1BDS

bei der VR-Bank

[Jetzt spenden](#)

Mehr Infos unter:

<http://www.kein-co2-endlager.de/>

<https://www.facebook.com/Kein-CO2-Endlager-175897405789374/>

https://twitter.com/ccs_stoppen

Hinweis: Unsere Newsletter enthalten meistens mehrere Links und werden deshalb von vielen Email-Anbietern als "Spam" markiert. Um dies zu verhindern, setze unsere Email-Adresse newsletter@keinco2endlager.de auf die Liste vertrauenswürdiger Kontakte. Dann landen die Newsletter nicht im Spam-Ordner, sondern im Posteingang.

[Daten ändern, oder abmelden](#) | [Online ansehen](#)
© Bürgerinitiative gegen CO2-Endlager e.V.